BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

GEMINI
im Bundesausschuss Politische Bildung
GEMEINSAME INITIATIVE DER TRÄGER POLITISCHER JUGENDBILDUNG

Politische Jugendbildung braucht mehr Unterstützung!

Die Mittel im Programm Politische Bildung des Kinder- und Jugendplans erhöhen

Haushaltssituation versus Bedarf

Die politische Jugendbildung, gefördert aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), hat in den letzten Jahren eine positive Weiterentwicklung erfahren. Ihre Innovationskraft im Hinblick auf Formate, Methoden, Themen und Zielgruppen ist durch verschiedene Evaluationen eindrucksvoll belegt. Dieses innovative Potenzial sowie die enormen gesellschaftlichen Herausforderungen, mit denen auch die politische Bildung konfrontiert ist, stehen im krassen Widerspruch zur finanziellen Ausstattung. **Seit dem Jahr 2000 stagniert die Förderung** durch den KJP und wird der Haushaltsansatz mit geringen Schwankungen jährlich überrollt. Seit 2000 sind die Mittel für die politische Jugendbildung von 10,72 Mio. € auf 9,48 Mio € (Entwurf des Bundeshaushalts 2016) reduziert worden. **Nominal bedeutet das eine Kürzung der Mittel um 1,24 Mio. €** im KJP-Programm Politische Bildung. Unter Berücksichtigung einer Inflationsrate von ca. 25 % in diesem Zeitraum haben sich somit **die Mittel zur Förderung der politischen Jugendbildung real um ca. 36 % reduziert.**

Tabelle: Entwicklung der Ansätze für die politische Jugendbildung im Bundeshaushalt
(in 1.000 Tsd. €, 2000 und 2001 Umrechnung von DM in Euro)

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
10.720	10.720	10.635	10.080	9.883	9.883	10.130	10.143	9.606	9.027	9.115	9.664	10.578	9.350	9.480	9.480	9480

Erwartungen an Politik

Um Qualität und Quantität des dringend notwendigen Angebots zu erhalten und wieder annähernd das Niveau der Förderung der politischen Jugendbildung im Jahr 2000 zu erreichen, halten wir eine Erhöhung des Ansatzes für das KJP-Programm Politische Bildung in Höhe von 3,5 Mio. für unbedingt notwendig.

Wir bitten Sie, sich in den Haushaltsverhandlungen für eine deutliche Erhöhung der Mittel für die politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes einzusetzen.

Fachverbände sind bundeszentrale Infrastruktur

Eine solche Erhöhung ist aus fachlichen Erwägungen und mit **gestiegenen Anforderungen** überzeugend zu begründen. Über den KJP, Programm Politische Bildung, werden bundeszentrale Träger der politischen Jugendbildung gefördert. Dazu gehören sechs Fachverbände, deren Aufgabe es ist, die fachliche Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung sicherzustellen, innovative Methoden, Formate und Themen im Rahmen von zahlreichen Vorhaben und Bildungsveranstaltungen zu erproben, Fach- und Fortbildungsveranstaltungen anzubieten und den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis sicherzustellen. Sie sind Teil der vom Bund gewollten und geförderten bundeszentralen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe und erfüllen subsidiär zentrale gesellschaftspolitische Aufgaben. Ihre Förderung ist daher auf Dauer angelegt und dient der Umsetzung der Ziele des SGB VIII.

Wirkung bis in die Praxis vor Ort

Die Mitgliederstruktur und die vielfältige Vernetzung der Fachverbände sind Grundlage ihrer bundesweiten Reichweite. Durch ihre Tätigkeit setzen sie weiterführende Impulse für die politische Jugendbildung und leisten Gewähr, dass politische Jugendbildung sich neuen Aufgaben stellt. Ihre Vernetzung reicht über die überregionale und regionale Ebene bis in die Praxis vor Ort. Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, Akademien, Vereine und Fachorganisationen sind Teil dieses Netzwerks, das im Zusammenwirken mit weiteren Kooperationspartnern aus der Jugend- und Bildungsarbeit Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus mit Angeboten politischer Jugendbildung erreicht. **Insgesamt sind dies über 50.000 Jugendliche in ca. 3.000 Veranstaltungen jährlich.**

Neue gesellschaftliche Herausforderungen

Die politische Jugendbildungsarbeit der bundeszentralen Verbände ist präventiv. Sie will die demokratische Identität junger Menschen stärken, will sie ermutigen und befähigen, Verantwortung für sich und für die Gesellschaft zu übernehmen, will Orientierung vermitteln und Teilhabemöglichkeiten eröffnen. Dieses Aufgabenpaket ist in den letzten Monaten noch einmal deutlich gewachsen. Eine hohe Zahl von Flüchtlingen hat Deutschland erreicht, der Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener ist besonders groß. Der politischen Bildung kommt vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine besondere Bedeutung zu:

- Sie kann den jungen Flüchtlingen Angebote zur Orientierung und zur Vermittlung von Grundlagen einer freiheitlichen, pluralen und demokratischen Gesellschaft machen.
- Sie kann die Verunsicherung der hier lebenden Jugendlichen aufgreifen und Angebote zur Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit machen, insbesondere auch im Hinblick auf den Umgang und die Äußerungen in den Social Media.
- Sie kann die Netzwerkarbeit vor Ort unterstützen und das ehrenamtliche Engagement stärken.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Träger und Einrichtungen politischer Jugendbildung ihrer hohen Verantwortung durch eine gute Bildungsarbeit gerecht werden können. Das Programm Politische Bildung im KJP braucht eine Aufstockung der Mittel!

Berlin, Januar 2016

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb),
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB),
Bundesarbeitskreis ARBEIT und LEBEN (AL),
Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV),
Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et),
Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR)

Für Rückfragen und Gespräche stehen Ihnen alle Träger der GEMINI gerne zur Verfügung.
Kontaktadressen:

Lothar Harles, Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb), Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn, Tel. 0228/28 929 40, harles@bap-politischebildung.de